

erzogen auf heutigem deutschen und österreichischen Boden. Diesen Markt müssen wir zurückgewinnen und zu erweitern trachten. Auch als Lieferant von Nahrungsmitteln und Rohstoffen kann Rußland große Bedeutung gewinnen. Das Schicksal hat viele unserer Mitbürger jahrelang im Rußland festgehalten. Sie werden durch ihre Kenntnis der russischen Verhältnisse und der russischen Sprache der neuen Verbindung gute Dienste leisten können. Die Industrie aber möge mit Unternehmungsgelbst und Initiative an die Sache gehen und den Boden vorbereiten.

## Russische Drohungen an Polen.

Eine rote Tschitscherin.

Größtes Russen erregt in Warschau eine in diesen Tagen eingetroffene Note des russischen Außenministers, die an den polnischen Minister des Äußeren Stimmt gerichtete ist.

Schon wiederholt hatte Tschitscherin Vorwürfe und Proteste gegen die Begründung konterrevolutionärer Russen durch Polen erhoben. Die jetzige Note erhebt die allerschwersten Vorwürfe in einer früheren Fälle weit über-treffenden Weise und knüpft daran Forderungen, deren Schärfe die Beziehungen der beiden Staaten ernstlich zu gefährden scheinen. Die russische Note behauptet, daß unter der Leitung des russischen Volkskomitees in Warschau, dem der bekannte Sawinow vorsteht, dauernd und im größten Umfang unter aktiver Teilnahme und Unterstützung des polnischen Generalstabes konterrevolutionäre Anschläge gegen Rußland vorbereitet worden seien. Die Note sucht jedes im einzelnen für die ukrainischen, weißrussischen und die tschitscherin Gebiete nachzuweisen und erhebt folgende Forderungen:

Sofortige Ausweisung Sawinows und seines Mitarbeiterstabes aus Polen, Ausweisung des polnischen konterrevolutionären Organisations, offizielle Auflösung und Internierung aller gegen Sowjetrußland geschaffenen Armeen und Unterabteilungen.

Zur Verfestigung einer vollständigen Liste sämtlicher außer den bereits angeführten noch nachzuweisenden konterrevolutionären Verschwörungen, ferner zur Überwachung und Kontrolle der verlangten Internierung fordert die Note die Bildung einer gemischten polnisch-russischen Kommission unter Teilnahme sowjetukrainischer und sowjetweißrussischer Vertreter. Zum Schluß fordert die Note, daß unter Kontrolle und Leitung der Kommission die Verhaftung derjenigen polnischen Beamten und polnischen Staatsbürger erfolgt, die sich der Unterstützung der erwähnten konterrevolutionären Umtriebe schuldig gemacht

## Die Engländer bleiben in Leipzig.

Freisprechung der Generale Schand und Krusta.

Die Reihe der Reichsgerichtsverhandlungen gegen die Kriegsverursachenden wird mit dem Prozeß gegen die Oberleutnants zur See Dittmar und Boldt fortgesetzt, nachdem die letzte Verhandlung gegen die Generale v. Schand und Krusta, die in einem Gefangenenslager bei Kassel das Entstehen einer Typhusepidemie verschuldet haben sollten, mit einem Freispruch geendet hat.

Die Franzosen haben bekanntlich den Ausgang des letzten Prozesses nicht abgewartet, wohl aber werden die englischen Vertreter, wie jetzt feststeht, bei den neuen Verhandlungen anwesend sein.

Die englische Regierung hat ihre juristischen Sachverständigen nicht nur nicht abberufen, sondern angeordnet, daß der Generalsstaatsanwalt Sir Ernest Pollock nach Leipzig abreise, um den Prozeß gegen Dittmar und Boldt beizuwohnen. Es ist fraglich, ob das englische Kabinett überhaupt geneigt sein wird, sich dem Vorgehen Frankreichs und Belgiens anzuschließen.

Der U-Boot-Prozeß.

Es handelt sich in diesem Prozesse um die Torpedierung des englischen Hospitalschiffes „Lantern Case“. Dieses Schiff ist versenkt worden durch ein U-Boot, dessen Kommandant Kapitänleutnant J. S. Vagly und dessen Offiziere die beiden unter Anklage stehenden Oberleutnants J. S. Warren, Kapitänleutnant Vagly ist gestrichelt. Vorgeworfen wird den beiden Angeklagten nicht nur die Torpedierung des Hospitalschiffes selbst, sondern die Beschädigung der Rettungsboote des Schiffes nach der Torpedierung. Es wird behauptet, daß Kapitänleutnant Vagly nach erfolgter Torpedierung die Mannschaft des U-Bootes unter Deck habe gehen lassen, während er mit den beiden Oberleutnants zur See Dittmar und Boldt auf Deck geblieben und die Rettungsboote, auf denen ein Teil der auf ihm untergebrachten Verwundeten habe aufkommen müssen, beschossen haben. Die Rettungsboote seien durch das Feuer zum Sinken gebracht worden, bis auf ein einziges, das entkam.

Dittmar und Boldt stehen nicht auf der Anklage eines Ententeverrats, sondern des Verfahrens gegen sie ist von deutschen unabhängigen Stellen eingeleitet worden. Es sind bis jetzt über 65 Zeugen geladen, darunter eine große Zahl englischer Offiziere und Mannschaften.

## Ein Schritt zum Weltfrieden?

Amerikanischer Vorschlag zur Rüstungsbeschränkung.

Nachdem der schone, aber etwas unwahrscheinliche Gedanke eines allgemeinen Weltfriedens, verbunden mit einer allgemeinen Weltabrüstung, durch den Versailler Frieden in keiner Weise verwirklicht worden ist, obwohl die Versprechungen Wilsons stark in diese Richtung gingen, glaubt wohl kein Mensch mehr daran, daß diese Gedanken jemals wirklich grundlegend in die Tat umgesetzt werden könnten. Die Entente, deren Aufgabe es gewesen wäre, den ersten Schritt auf diesem Wege zu tun, hat sich darauf beschränkt, Deutschland gründlich aller Waffen zu berauben, den eigenen Militarismus aber baut sie unentwegt weiter aus. Ja, zwischen der englischen und amerikanischen Kriegsmarine hat sogar ein neuer Wettlauf um die Vorterritorien auf den Ozeanen begonnen, wobei auch die besorgte Rücksicht auf die japanischen Seemächte eine Rolle spielt. Nur im Zusammenhang mit der Frage der Vereinfachung der Interessengebiete im Stillen Ozean und im Atlantischen Ozean, die sich immer mehr zuspitzen und durch das Flotten-Wettrennen allmählich einen gefährlichen Anspruch bekommen, ist es daher zu verstehen, daß der amerikanische Präsident Harding jetzt einen Vorschlag gemacht hat,

eine Konferenz zu berufen,

die aber die Beschränkung der weiteren Rüstungen (nicht etwa über den Abbau der bereits bestehenden) verhandeln soll. Der Präsident hat vorläufig nur private Schritte bei Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan unternommen, und sich darüber informiert, ob es ihnen angenehm wäre, an einer Konferenz über diesen Gegenstand teilzunehmen. Die in Wa-

shington stattfindende soll. Auch von der amerikanischen Regierung selbst wird zugegeben, daß die Frage der Einschränkung der Rüstungen in enger Verbindung mit dem Problem des Stillen Ozeans steht und mit den Problemen des äußersten Ostens. Auch China wurde daher eingeladen, an dieser Konferenz teilzunehmen. Dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George ist die amerikanische Einladung bereits feierlich überreicht worden, und es heißt, daß

in London große Genugtuung

über den Schritt des amerikanischen Präsidenten herrscht. Es wird behauptet, daß diese Note Hardings die Antwort auf eine persönliche Botschaft Lord Georges an Harding sei. Die „Times“ sagt, daß die britische Regierung und die englischen Kolonien den Vorschlag freudig annehmen würden. Das Blatt meint ferner, daß die Ausgabe der neuen Konferenz desäusseren und gefährlicher sei, als die irgendeiner anderen Konferenz. Nicht einmal die Pariser Konferenz habe größere Fragen zu erledigen gehabt. In dem Artikel wird sogar gesagt, daß die Methode der

Pariser Konferenz als Warnung

dienen soll, denn wenn es zu einem Fehlschlag käme, würde dies das Vorspiel zu einer Katastrophe sein. Der „Daily Telegraph“ nennt daher Hardings Schritt ein Ereignis von allerhöchster historischer Bedeutung. Diese Auffassung in England ist durchaus verständlich, denn der englische Staatshaushalt wird durch die Neubauten von Kriegsschiffen verhältnismäßig viel schwerer als der amerikanische belastet.

Für Deutschland dürfte diese Konferenz ziemlich bedeutungslos sein, denn sie ist im Grunde nur ein Versuch, gewisse Fragen zwischen England, Amerika und Japan auf dem weinigen kostspieligen Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen. Einen wirklichen Schritt zum Weltfrieden darin zu erblicken, müßte wohl als verfehlt erscheinen, solange der Versailler Vertrag, der recht beziehungsweise im Hinblick auf die Methode seiner Enstehung bereits von den Engländern selbst kritisiert wird, nach Geist und Inhalt aufrecht erhalten bleibt.

## Neuer Polenaufstand?

Vorbereitungen der oberösterreichischen Insurgenten.

Die Befürchtung, daß die Räumung Oberösterreichs von den Insurgenten und vom deutschen Selbstschutz der unglücklichen Provinz noch nicht die ersehnte Ruhe bringen würde, besonders da ja die Räumung von polnischer Seite nur zum Schein durchgeführt wurde, scheint sich leider immer mehr zu bestätigen. Neuere Meldungen lassen immer deutlicher erkennen, daß von polnischer Seite bereits jetzt an der Organisation eines vierten Aufstandes planmäßig gearbeitet wird. Polnisch gestimmte Einwohner in Oberösterreich nehmen polnische Insurgenten und Haller-Soldaten, die ihre Waffen verstecken, als Anreichte in Dienst. Händlerinnen bringen aus dem Industriegebiet in Marktörtern den sogenannten Anreichten Tag für Tag Munition. Man glaubt, daß der Augenblick des erneuten Losschlages infolge der Verzögerung der Entscheidung über Oberösterreich durch den Obersten Rat wahrscheinlich im August gekommen sein wird. Von anderer Seite wird jedoch mit dem Beginn des vierten Aufstandes

bereits in den nächsten Wochen

gerechnet. Diesmal will Korsany die vorwiegend aus Verbrechern bestehenden Insurgentenverbände durch Haller-Soldaten ersetzen. In Schoppnitz kam es zu lebhaften Schieberereien. Die deutsche Bevölkerung ist in höchstem Grade beunruhigt, zumal sie nicht den geringsten Schutz hat. Auf zwei öffentlichen Gebäuden in Wismarstraße ist die polnische Flagge gehißt worden. Die Ausgänge des Bahnhofes in Rattowitz werden noch immer von polnischen Postbeamten besetzt gehalten. Die Insurgenten, die in größeren Massen aus Kongresspolen zum Teil nach Rattowitz, zum Teil in die Landorte zurückgekehrt sind und wieder die Deutschen terrorisieren, sind unbewaffnet, doch haben sie in der Nähe mehrere

Waffen- und Munitionslager.

Unter diesen Insurgenten befinden sich auch vieler Kongresspolen. Sie erhalten täglich 50 Mark freie Verpflegung. Die in den Wäldern von Karbowa und Brynow umherstreifenden Insurgenten sind zum Teil sogar bis zum Südpark der Stadt Rattowitz vorgedrungen.

Der Mitarbeiter des deutschen Wehrdienstkommissariates, Stinnesberg, ist von Besatzungssoldaten und polnischen Wapowen aus unbefannten Gründen verhaftet worden.

Die polnische Bandenwirtschaft

ist wieder in starkem Zunehmen begriffen. Auf Postautomobilen gefahrene bewaffnete Banden besonders aus dem von den Franzosen neu besetzten Südbereich in das Oberland ein, plündern und rauben in deutschen Ortschaften und ziehen ebenso schnell auch wieder ab. Besonders schlimm treiben es die Wälder im Kreis Rattow. Zum großen Teil sind diese Banden nichts anderes als die von den Franzosen aus dem Lande emigrierten Gemeindevöhren, die sämtlich natürlich aus Polen bestehen und auf dem Lande ein ziemlich selbständiges Regiment führen, die deutsche Bevölkerung unterdrücken und sich besonders der Rückkehr der deutschen Flüchtlinge widersetzen.

In Ratibor stehen dauernd italienische Streikkommandos mit Automobilen und Maschinengewehren bereit, um sofort auf die Meldung von Überfällen in die bedrohten Ortschaften geworfen zu werden. Englische Truppen in Rattowitz haben drei polnische Insurgenten, die auf die einziehenden Engländer aus dem Hinterhalt geschuert hatten, handrechtlich erschossen.

„Deutscher“ Insurgenten.

Die Warschauer Funktionäre verbreiten folgenden merkwürdigen Funnenschrei: In Warschau trafen die Soldaten der Provinz zum Turnfest ein. Es kamen auch etwa 1200 Soldaten von den künftlichen in Oberösterreich, die Korsany für den Kongress beurlaubt hat.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-französische Weiterverhandlung in Paris.

Die deutschen und französischen Sachverständigen haben am Quai d'Orsay unter Vorsitz Louchours die Verhandlungen über das Reparationsproblem wieder aufgenommen. Dr. Guggenheimer, der aus Berlin zurückgekehrt ist, soll die Zustimmung der deutschen Regierung zum französischen Vorschlag überbringen, die Zahl der Ma-

teriallieferungen auf 10 Jahre zu vertiefen. Unter diesen Umständen dürften die Verhandlungen rasch zum Ziele führen.

Amerikanischer Frieden mit Deutschland.

Aus Washington wird gemeldet: Präsident Harding sei zwar der Wiedererbringung eines radikal abgeänderten Versailler Vertrages geneigt, doch werde kaum etwas geschehen, ehe nicht die Antwort der Alliierten auf den amerikanischen Einspruch gegen die Mandatsverteilung durch den Völkerbund eingegangen sei. Inzwischen wisse man in amtlichen Kreisen nicht, ob die Vereinigten Staaten sich im Frieden mit Deutschland befinden oder nicht. Der Präsident sei der Ansicht, daß der Friede hergestellt wurde, als er die Resolution des Kongresses unterzeichnete, gewisse Kabinettsmitglieder seien aber im Zweifel, ob eine weitere Frist zur Herstellung eines technischen Friedenszustandes nötig sei oder nicht.

Eine Gruben-Sicherheitskommission.

Der Ausschuss für Handel und Gewerbe des preussischen Landtages sprach sich bei Erörterung des Unglücks auf der Grube Mont Genis für die Schaffung einer preussischen Sicherheits-Grubenkommission aus. Die Kommission soll bestehen aus Vertretern des Landtages, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Verwaltungsbehörden. Sie hat sich ständig zu befassen mit allen Fragen des Gruben-Sicherheitswesens, Anregungen entgegenzunehmen und weiterzugeben.

Bedrohung der deutschen Rechtspflege.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine neue Verordnung erlassen, die in bedenklicher Weise in die Befugnisse der deutschen Gerichtsbehörden eingreift und die eine gegen das Völkerrecht verstoßende Verletzung der deutschen Souveränität bedeutet. Die Verordnung bestimmt, daß deutsche Staatsangehörige, die in den Diensten der Rheinlandkommission oder der militärischen Behörden stehen, in gewissen Fällen von ihrer Zeugnispflicht vor einem deutschen Gericht entbunden werden können. Es ist zweifellos, daß dieses Vorgehen ein schwerer ungerechtfertigter Eingriff in das deutsche Staatsbürgerrecht wie in die deutsche Rechtspflege bedeutet.

Keine bolschewistischen Experimente.

In Hamburg tagten im Gewerkschaftshaus mehrere hundert Abgeordnete der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Ortskartelle des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes der Hanse-Städte, Schleswig-Holstein, Westfalens, Braunschweig, Hannover und Vorpommerns. Der Hauptreferent, Grafmann-Berlin, betonte: Der Versailler Friede und der Reparationszwang legen dem deutschen Wirtschaftsleben verhängnisvolle Opfer auf, daß man es im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und der Gesundung des Wirtschaftslebens mit allen möglichen Mitteln ablehnen müsse, sich auf Experimente bolschewistischer Art einzulassen. Die leitenden Stellen der deutschen Gewerkschaften- und Angestelltenbewegung haben sich deshalb zu weiteren Arbeiten innerhalb der jetzigen Wirtschaftsordnung bereit erklärt.

Deutsch-Osterreich.

Wien ohne Beziehung zum Attentat gegen Alexander von Serbien. Die auf Ersuchen der jugoslawischen Behörden in Wien geführte Untersuchung hat keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß das Attentat gegen den Prinz-Regenten Alexander in Wien vorbereitet worden wäre. Auch für die Tätigkeit einer Moskauer Sowjetfiliale oder den Bestand einer Schule für Propaganda der Tat hat die Untersuchung nicht das geringste ergeben.

Bulgarien.

Ungarische Unruhen ausgedehnt. In Sofia und einem Teil Bulgariens sind agrarische Unruhen ausgebrochen. Es handelt sich allem Anschein nach um eine von den Bolschewisten geschürte Revolte. Sofia hat völlige Zensurperre verfügt und läßt Nachrichten überhaupt nicht hinausgehen. Reisende, welche über Belgrad in Wien eingetroffen sind, teilen mit, daß das Geschäftsleben in Bulgarien vollkommen stockt, daß alle Geschäfte gesperrt sind, und daß die Bank die Annahme von Zahlungen verweigert und Zahlungsanweisungen nicht honoriert. Auffällig ist, daß der Lebensstandard, der noch in der Vorwoche 7,20 stand, im Laufe der letzten Tage auf 5 gesunken ist.

Frankreich.

Für Elsaß-Lothringen keine Selbständigkeit. In Colmar wurde ein von Paris aus geförderter Denkmal für den früheren deutschen Reichstagsabgeordneten Reichshaus. Der von Paris entsandte Unterstaatssekretär Ziffer erklärte dabei in einer Unterredung, daß der Gedanke einer Autonomie für Elsaß-Lothringen das hauptsächlichste Mittel gegen die deutsche Unterdrückung gewesen sei. Frankreich sei aber nicht, wie das Deutsche Reich, eine Föderation unabhängiger Staaten. Es kenne nicht die besondere Souveränität im Rahmen der Nation. — Mit andern Worten, man hat den Elsaßern vorgeschrieben, bei Übergang an Frankreich würden sie sich selbständig regieren dürfen, und jetzt gibt man ihnen die kalte Schulter und läßt sie einfach im zentralisierten System Frankreichs untergehen.

China.

Amerika will offene Tür. In Washington ist eine Note veröffentlicht worden, die das Staatsdepartement an den chinesischen Gesandten gerichtet hat. Darin wird erklärt, daß der Grundsatz der offenen Tür sowohl im Interesse Chinas als im gemeinsamen Interesse aller Mächte auf chinesischem Gebiete unerläßlich sei. Die Note ist das Ergebnis von Protesten der englischen, der dänischen und der japanischen Regierung gegen eine von der chinesischen Regierung an einen amerikanischen Konzern gewährte Telegraphenbaukonzession. Die Proteste werden in der Note des Staatsdepartements als monopolistische Ansprüche bezeichnet.

Rus In- und Ausland.

Paris. Nach einer Meldung aus Madrid haben die portugiesischen Eisenbahnen den Generalstreik erklärt.

Toska. In Koda entstand ein Streik von 20000 Werftarbeitern. Sie sind durch die Stadt gezogen und haben rote Flaggen und Plakate mit sich geführt mit der Aufschrift: Rieber mit dem Kapitalismus!

London. Bei Unruhen, die sich in Belfast abspielten, sind mindestens zehn Personen getötet und 100 verwundet worden.

Konstantinopel. Die Regierung von Angora hat die Rüste von Rom und die Bezirke von Abdo Bazar, Derindische und Korindische sowie die gegenüberliegende Rüste des Bezirkes von Stochschall amtlich als Kriegszone erklärt.

Konstantinopel. Unter den von den Engländern Verhafteten sind ungefähr 40 Russen, darunter drei Leiter der Handelsmission aus Moskau, gegen die schwere Anklagen vorliegen.

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged

Die Klaffen wurde

schiffes nach der Str

Ein Ged